

Bezugspreis: Vierteljahr 9.-, Halbjahr 16.-, Monat 3.-...

Anzeigenpreis: 24 achtspaltige Kompatenzelle kostet 1.50 M. „Kleine Anzeigen“...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 20. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Regierung und Kriegsgefangene.

Frauenabordnung in Weimar.

Der Reichskanzler hat heute in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen und anderer Mitglieder des Kabinetts 50 Frauen aus allen Teilen Deutschlands empfangen...

Der Minister des Auswärtigen ergänzte diese Ausführungen noch an Einzelheiten und schloß sich der Versicherung des Reichskanzlers mit allem Nachdruck an.

Die Abordnung verabschiedete sich mit mehrfach wiederholtem Dank und lebhafter Zustimmung zu der Bitte des Reichskanzlers, namentlich gegen falsche Gerüchte und Verhörung im Lande energisch aufzutreten.

Die Nationalversammlung wird sich mit allen ihren Parteien in den nächsten Tagen durch eine Resolution den Bemühungen der Regierung anschließen...

Der Anschluß Deutsch-Westungarns an Deutsch-Osterreich gesichert.

Aus Wien wird gemeldet: Der Anschluß Deutsch-Westungarns an Deutsch-Osterreich kann trotz des Widerstandes der derzeitigen ungarischen Regierung...

Terror gegen die Deutsch-Ungarn.

Wiener Blättermeldungen zufolge verlangten die Vertreter der westungarischen Gemeinden die rascheste Intervention der deutschösterreichischen Regierung bei den Ententevertretern...

Wie aus Fürstentfeld gemeldet wird, erhielten alle Gemeinden Deutsch-Westungarns, wo am Sonntag Volkerversammlungen stattgefunden haben, Befehle von 30 Mann mit zwei Maschinengewehren...

Der oberschlesische Aufbruch.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung nahm Reichskanzler Bauer das Wort zum Aufstand in Oberschlesien und sagte:

Während in Berlin zwischen Preußen und Polen über eine friedliche, schiedliche Nachbarschaft verhandelt wird, haben in Oberschlesien polnische Kattatoren einen gewalttätigen Aufstand herbeizuführen versucht...

wesentlich übertrieben

sind und daß es wesentlich besser steht, als man nach diesen alarmierenden Nachrichten annehmen sollte. Es ist um 12 Uhr mittags die Mitteilung eingegangen, daß das Generalkommando Herr der Lage ist...

Die militärischen Operationen.

Wie aus Deutzen gemeldet wird, sind gestern weitere militärische Verstärkungen in Oberschlesien angekommen. Ein Detachement rückte gestern in Schomburg ein und säuberte den Ort...

Vor Einstellung des Personenverkehrs.

Aus Breslau wird gemeldet: Da die Zufuhr von Kohlen aus Oberschlesien infolge des neuerlichen allgemeinen Streiks völlig ausgefallen ist...

Das Ende des Kohlenwindels.

Die heutige Morgenausgabe der „Vossischen Zeitung“ bringt unter der Ueberschrift „Beginn der Kohlenlieferungen an die Entente“ eine auch von der heutigen „B. Z.“ am Mittwoch weitverbreitete Drahtmeldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Genf...

Ein Nachwort zur Luzerner Konferenz.

Wenn die Internationale heute so ohnmächtig ist, obwohl, nach der sehr treffenden Formel Renaudels, „niemals eine Lage im Grunde genommen so revolutionär gewesen ist“...

Die einen möchten gerne eine offizielle Verurteilung unserer Kriegspolitik durchsehen, hauptsächlich um sich dadurch die eigenen Sünden vergeben zu lassen...

Wie war es denn mit der Resolution über den Staatsstreik der Entente in Ungarn? Wer hatte den Mut, im Plenum zu erklären, daß es niemals zur Wiederkehr eines Habsburgers gekommen wäre...

Statt dessen aber kompromittiert man Resolutionen zusammen, die alle befriedigen sollen und in Wirklichkeit niemandem befriedigen; man schafft nach außen ein durch einstimmig angenommene Soldheute eine scheinbare Einmütigkeit...

Ist aber eine Einigkeit angesichts der gemeinsamen Leiden und Gefahren und angesichts des gemeinsamen Zieles wirklich unmöglich? Wiederrum liegt der Schlüssel des Problems bei Deutschland. Solange die deutsche Arbeiterklasse gespalten ist...

deutsche Regierung versuche den Friedensvertrag durch die Schaffung der Einwohnervoten zu umgehen, die deutschen Mehrheitssozialisten hätten den Frieden ablehnen wollen, weil sie einen neuen Krieg gegen die Entente beginnen wollten! Und anderes mehr.

Dah wir dieser Orgie von Lügen nicht ruhig beizuwohnen vermöchten, wird man wohl begreifen können. Die Engländer jedenfalls haben es begriffen, denn MacDonald sagte mir nach der Sitzung: „Es ist traurig, daß eine solche Rede auf einer internationalen Konferenz gehalten werden konnte“. Traurig sei es aber auch für die Internationale, fügte er hinzu, daß sich zwei Parteien eines selben Landes derartig bekämpfen. Das ist ganz unsere Meinung — aber gibt es Veröhnung mit der Lüge, gibt es Kompromisse mit der Gemeinheit?

Genosse Eduard Bernstein, dessen von uns abweichende Ansichten über wichtige Fragen der Kriegspolitik bekannt sind, und der als Schöpfer der Einigkeitstendenzungen sicher über den Verdacht der Leidenschaft und der Vorurteile steht, sah sich bei zwei Gelegenheiten gezwungen, einmal in der Kommission und einmal im Plenum, Dr. Silberding zuzurufen: „Aber, Genosse Silberding, daran, was Sie sagen, glauben Sie doch wohl selbst nicht!“ Eduard Bernstein, der sich durch seine hervorragenden Reden in Luzern wiederum unerschütterlich bewies, um das Wohl der deutschen Arbeiterklasse erworben hat, hatte damit die ganze Lage gekennzeichnet: solange die unabhängige Partei nur von Kritikern lebt, die größtenteils unaufrichtig sind, solange wird auch die Einigung unmöglich und die Internationale ohnmächtig sein.

Genosse Wels hatte seinerseits im Plenum jeden Angriff gegen die U. S. P. vermieden, er hatte nur die Tatsache festgestellt, daß, wenn die Unabhängigen gemeinsam mit uns bei den Wahlen gekämpft hätten, wir wahrscheinlich zusammen die absolute Mehrheit errungen und eine Koalition mit Bürgerlichen heute nicht nötig hätten. Er hatte sich im übrigen hauptsächlich auf die Erörterung von konkreten Problemen beschränkt, namentlich der Kohlennot, die eine unheimliche Gefahr für das gesamte europäische Proletariat bildet. Der Dank für diese Sachlichkeit war einerseits die Begrüßung Crispians, andererseits der Hohn Silberdings, der, wider besseres Wissen, behauptete, Wels habe mit seinem Worte die Notwendigkeit des Klassenkampfes erwähnt und ihm sei wohl die Kohlennot wichtiger.

Wenn am Wedding oder sonstwo in Groß-Berlin solche Reden befristet werden, so haben wenigstens die Menschen, die sich verführen lassen, die Entschuldigung, daß sie geblüht, gebungert, getrunken, geblutet haben und in den aufsteigenden Worten und Phrasen so etwas wie eine Raube für ihre Quoten zu finden meinten. Aber im Kursaal von Luzern sahen Herren in Planelhosens und mit Brillanterringen, Damen mit Perlentollern und geschminkten Lippen und applaudierten kräftig den Worten Crispians, Refraktäre, Ententeagenten, Palastdieber, alles goldene Gefindel, das in diesen fünf Jahren Deutschlands Niederlage gewünscht hat und jetzt, logischerweise, mit seiner Begeisterung für die Rede Crispians und mit seinem Haß gegen uns, deutsche Mehrheitssozialisten, die diese Niederlage gesücht hatten und abwenden wollten, nicht zurückhalten konnte.

Da ist mir doch der Wedding lieber!
Viktor Schiff.

Die „Freiheit“ behauptet noch immer, daß Verbungen für deutsche Formationen in Lettland stattfinden. Es wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß wiederholt Befehle erlassen worden sind, die die Verbungen und die Ausbildung von Truppen zu verhindern und auf das seit langem bestehende Verbot solcher Verbungen immer wieder hinweisen. In letzter Zeit sind auch zwei Transporte von Freiwilligen, die nach Lettland gehen sollten, angehalten und ihre Angehörigen nach Hause geschickt worden. Uebrigens ist es nur noch eine Frage der aller nächsten Zeit, daß ganz Lettland von deutschen Truppen geräumt sein wird.

Brot! Friede! Freiheit!

Drei Worte stehen auf unserer Fahne geschrieben:
Brot: Die Frucht der Erde, die auch uns erzeugt hat, Spenderin alles Lebens, ewige Nabelschnur, die uns an die Scholle dieses erkaltenden Gefirnes fesselt und ohne die auch wir erkalten müssen.

Friede: zitternder Atemhauch, in deinen Duft grünen die Felder und die Tiere paaren sich. In dir ist alle Süße des Heißseins und das Glück aller Liebenden. Der Mann, sein Werk vollendend, blickt voll Stolz auf das gutgeordnete Land und die schwangeren Mütter bereiten sich zu gebären.

Freiheit: unsterbliche Hoffnung aller Geknechteten. Vor dir zittern die Fürsten und die Reichen verbergen ihr Gut. Wo dein lothbares Wort ertönt, da zerspringen die Tore aller Kerker. In deinem Namen lächeln die Gefangenen, die Verwundeten fühlen ihre Narben nicht mehr und die Sterbenden glauben an das Leben.

Drei Worte! und doch so viel Blut vergossen um ihr-willen. Soviel Verdrehung, Hinterlist, Lüge, Gewalt. Soviel Tränen... und soviel Freude.
Armin A. Wegener.

Gegen der Arbeit.

In Heft 4 der Monatschrift für die Zukunft deutscher Kultur „Die Tat“, die im Verlag von E. Diederichs in Jena erscheint, feiert Anna Siemsen die Schönheit und die Segen spendende Kraft der Arbeit, die durch die Warenwirtschaft in ihr Gegenteil verkehrt worden ist.

Der natürlich empfindende Mensch sieht sich im Zwang der Not, gejagt vom Hunger und von seinen unerbilligen Bedürfnissen, ins Joch der Arbeit gespannt. Er kann sie nicht anders empfinden, wie als Unglück und Schmach, und wenn er einen Gott der Arbeit kennt, so ist's ein harter Gott, der Kraft und verflucht. Gibt es keinen Weg, diesen Joch in Segen zu verkehren? Wir sehen ihn schon: Was das Spiel über die Arbeit erhebt, ist eine schöpferische Freiheit. Macht die Arbeit zum Schöpfungswort, so verschwindet ihr Joch, so wird sie göttlicher Akt.

Trotzdem ist dieser Weg, auf dem Arbeit zum göttlichen Werk wird. Wir können Schöpfer sein am Werke selbst. Schöpfer an andern Menschen, Schöpfer an uns selber, Schöpfer am Werk! Die meisten denken dabei an Künstler und geistig Schaffende. Und bei diesen ist gewiß das freie Glück der inneren Entfaltung am höchsten. Aber beim Kinde, das der selbstgemachte Papierdrachen mit Stolz erkält, wie beim Bauern, der am Sonntagmorgens seine Felder besieht und sich ihrer freut, nicht am Besitz — auch der Bauernknecht kann die gleiche Freude empfinden —, nein, am Werk seiner Hände: überall finden wir diese Schöpferfreude, wo der Mensch noch nicht von seinem Werke getrennt ist, wo's ihm noch

Eine unabhängige Rheinrepublik.

Zahlreiche bürgerliche Blätter bringen folgende Nachricht:
Der neugegründete „Rheinlandbund“ fordert zur sofortigen Errichtung eines nach West und Ost unabhängigen Volksstaates im Föderationsbunde mit den in Bildung begriffenen ober-rheinischen Republiken auf. Vorsitzender ist der unabhängige Sozialdemokrat Joseph Smeets. Der Bund setzt sich aus Mitgliedern aller Parteien zusammen. Ueberwiegend dürften wohl die radikalsten Arbeitermassen und Bauern dabei vertreten sein.

Wir gehen wohl nicht in der Annahme fehl, daß es sich bei diesem „Rheinlandbund“ um das Gebilde handelt, das aus den von uns gemeindefreien Verhandlungen zwischen Zentrum und U. S. P. entsprossen ist. Als wir zuerst über dieses neueste hochverräterische Bündnis berichteten, warnte die „Freiheit“ vor unserer „Glaubwürdigkeit“; was wird sie nun sagen?

Protest der badischen Räte.

Die Landesversammlung der badischen Arbeiter- und Soldatenräte nahm nach stürmischer Aussprache eine Entschließung an, in welcher gegen die Auflösung der Arbeiterräte protestiert wurde. Ihre Auflösung habe erst stattzufinden, nachdem Betriebsräte eingeführt und Volkssekretariate geschaffen worden sind. Ein von der radikalen Minderheit der Landeszentrale der Arbeiterräte ausgeprochenes Mißtrauensvotum wurde von der Mehrheit abgelehnt.

Die Einigung in Köln.

Das Ergebnis der nahezu vierstündigen Verhandlungen der Stadtverwaltung mit der Arbeitslosenkommission in Köln ist folgendes:
1. Die Stadtverwaltung ist wegen entgegenstehenden Verordnungen der Reichsregierung nicht berechtigt, die Sätze der Arbeitslosenunterstützung aus sich zu erhöhen. Sie soll jedoch Zuschüsse in anderer Form gewähren.
2. Die Forderungen betreffend Abgabe von Winterkleidung aus der Alt-Leihstelle, Gewährung von Vorkassien zur Beschaffung von Winterkleidung fanden die Zustimmung der Verwaltung.
3. Ueber die Forderung einer einmaligen Feuerungszulage soll die Finanzkommission am Dienstag beraten, während die entgeltliche Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung zu steht.

Bremen gegen wilde Betriebsräte.

Der Versuch, dem Betriebsrätegesetz und der Wahlordnung des Zentralkrats durch Bildung von kommunistischen Räteorganisationen vorzugreifen, wird von der Bremer Arbeiterschaft, die bekanntlich zum großen Teil auf radikalem Standpunkt steht, geschlossen abgelehnt. In der letzten Versammlung der Betriebsräte wurde die Bildung eines Zentralkrats gegen wenige Stimmen verschoben, bis das neue Gesetz in Kraft getreten und die Voraussetzungen danach erfolgt sind. Aus den Reihen der unabhängigen Betriebsräte heraus wurde bedauert, daß die Mehrheitssozialisten an dem gegenwärtig bestehenden provisorischen Vorstand der Bremer Betriebsräte nicht beteiligt seien. Die Mehrheitssozialisten erklärten sich zur Mitarbeit bereit, worauf ihre Kandidaten in den provisorischen Vorstand zugewählt wurden.

Eine zeitgemäße Enthüllung.

Die Gefährdung des Deutichums im Osten ließ in Mezeritz die lange Frage entstehen, was wohl aus dem Denkmal Wilhelm's I. das zurzeit in Bromberg steht, werden würde. Nach einem kurzen Besprechungswechsel mit Bromberg überließ diese Stadt den heiligsten Mezeritzern ihr Denkmal. Hierüber stimmt die „Mezeritzer Kreiszeitung“ eine Zuselthanne an, die in dem schleintriefenden Stil der vorrevolutionären Zeit abgefaßt ist. Das Glück, gerade das Denkmal des alten „Heidenkaisers“ zu erhalten, läßt das Blatt sich zu der Aeußerung verheigen, daß ihnen das Denkmal das Symbol des neuen sozialen Zeitalters sei. In Mezeritz, wo man immer etwas rückständig war, schadet es allerdings nichts, die alte, von den übrigen Teilen des Reichs längst begrabene Hohenzollern-Legende wieder aufzuwärmen. Allerdings hint der Herbedeh der Geschichte nach. Die Stadt soll nämlich die Kosten des Fundamentes tragen, eine Pflicht, der sich vielleicht doch nicht alle unterziehen werden.

nicht Ware geworden ist, Mittel, seine Lebensnotdurft oder Ueberfluk, Macht oder Ansehen damit zu erkaufen. Dies ist die einfachste und reinste Art schöpferischer Arbeit. Nicht die höchste, höher noch scheint mir die Arbeit, die an andern Menschen geschieht. Was die Mutter den Kindern, der Freund dem Freunde oder Kameraden, der Samariter dem „der unter die Würde gefallen war“, tut, ist dieser Art. Aber jede Arbeit, die in irgendeiner Weise den anderen dient, trägt schöpferisches Glück und Heiligkeit in sich, wenn sie im Geist dieses Helfens und Dienenwollens geschieht. Und sie hat ebenso wie die schöpferische Arbeit am Werke die Kraft in sich, etwas Leichtes, Schmutziges rein, Edelhaftes selbst erstmöglich zu machen. Welche wahre Mutter wird danach fragen, daß ihre Arbeiten für das Kind oft recht schwächliche, langweilige, ermüdende sind? Diese Not und dieser Zwang sind ganz und gar gerechtfertigt durch die Schöpferfreude dem werdenden Menschen gegenüber. Und diese natürliche, angeborene Freude kann zu einer Ueberwindung auch des äußersten Fieles führen, wenn sie im Dienst der anderen gefordert wird. Erinnerung wir uns nicht an den alten Abzweiger in Tolstoi's „Macht der Finsternis“? Wo bleibt bei dessen widerwärtiger Arbeit der Mangel und die Plage? Hier ist die Arbeit, diese Arbeit wirklich Gottesdienst.

Und wo wir nicht dem Werk und nicht dem Menschen durch unser Werk gestaltend dienen können, da bleibt noch immer die Arbeit, die uns selbst gestaltet, an der wir Geist und Körper bilden, die Kraft üben, den Willen erproben, an der wir, wenn nichts anderes bleibt, die Ueberwindung lernen. Unzählige sind auch hier die Arten, vom ersten — ach so mühsamen — Gehenlernen des Kindes bis zu Spinozas Gläser schleifen, mit dem er nicht allein sein Brot verdient hat, sondern sich selbst erzoht zur heiteren Unabhängigkeit des Weisen. Und hier liegt der größte Spielraum und die größte Aufgabe der reisenden Menschen, auch die blanke, bare Not zum Dienst zu zwingen unter den schöpferischen Gott in uns, zum Dienst unter den freien Menschen.

Das wären unsere Wege von der herfluchten und gottlosen Arbeit der Not und des Zwanges zur freien Tat, die auch im allerbescheidensten Maße des Windelwaschens und Kohlentragens göttlich heißt, weil sie menschlich ist.

Gehen wir diese Wege? Einzelne sind sie gegangen, gemiß. Aber die Köhler? Aber die Menschen? Unsere Aufgabe war es, Zwang und Anständigkeit der Not zu brechen. Notarbeit zu verwandeln in freie Tat, und durch sie uns selber menschlich zu gestalten, den andern zu gleichem menschlichen, freien Leben zu helfen und durch unser Werk das Chaos der feindlichen Erde in ein Kosmos, eine Menschenheimat, zu wandeln. All unsere wachsende Erkenntnis und Kraft, alle Wissenschaft und Technik, Geldennut und Fleiß der Menschen hätten diesem Ziele sich zuwenden sollen. Wie könnte so durch freie Tat die Erde blühen, wirklich ein Garten Gottes und ein Paradies.

Ein deutsches Erfindungsinstitut.

Uns wird geschrieben:
Von verschiedenen Seiten ist schon wiederholt der Ruf nach Errichtung eines deutschen Erfindungsinstituts laut geworden.

Helferich gegen Erzberger.

Auf nach gerichtlicher Aufklärung.

Der Staatssekretär a. D. Helferich legt seinen Feldzug gegen Erzberger fort. Er hat jetzt ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet, in dem er seinen Widersacher als „eine Gefahr für die Reinlichkeit unseres öffentlichen Lebens“ bezeichnet und ihm „insbesondere Vermischung politisch-parlamentarischer Tätigkeit und geschäftlicher Interessen“ vorwirft. Helferich wiederholt, daß er nichts anderes wüusche, als vor das Strafgericht gezogen zu werden, um seine Behauptungen unter Beweis stellen zu können.

Ein solcher Wunsch kann u. U. unmöglich ohne Erfüllung bleiben. Allerdings wird man die Verion von der Sache trennen und dafür sorgen müssen, daß die notwendige Steuererhebung des Reiches durch diese persönliche Angelegenheit in keiner Weise gestört wird. Man kann es der Opposition nicht gestatten, daß sie durch rechtzeitige Erhebung persönlicher Angriffe auf einen Finanzminister zugleich mit ihm auch die ihr verhassten in den Besitz tief einzusetzenden Steuern zu Fall bringt. Auf der andern Seite geht es aber in keiner Weise an, daß ein Minister derartige Vorwürfe auf sich sitzen läßt.

Dah übrigens im Kampf gegen Erzberger das von Helferich in den Vordergrund geschobene „Reinlichkeitsbedürfnis“ die kleinste Rolle spielt, zeigt eine Versammlung der Deutschen Volkspartei von gestern abend, in der die politische Lobhude Orgien feierte. Die Redner griffen Erzberger wegen seiner Kriegs- und Steuerpolitik an und wurden dabei von ihrem ostdeutschen Chorus mit Zwischenrufen unterstützt, wie: „Schieber!“, „Lump!“, „Landverräter!“ „An die Laterne mit ihm!“ In dieser Atmosphäre gedeiht nicht die reine Gerechtigkeit, man wird daher durchaus nicht geneigt sein, das, was jetzt gegen Erzberger behauptet wird, ohne weiteres als bare Münze zu nehmen. Leidenschaftlose Aufklärung tut not!

Systematischer Nihilismus.

Spartalistische Vorbereitungen.

Aus einer parlamentarischen Korrespondenz aus Weimar geht hervor, daß sich die Regierungsfreie mit den jetzt wieder verstärkten in allen Berufsklassen und Wirtschaftskreisen bemerkbar werdenden spartalistischen Wählerkreisen beschäftigt. Es handelt sich um Vorbereitungen nicht allein von Streiks, sondern auch von verbrecherischen Unternehmungen gegen die Wirtschaftskraft des deutschen Volkes und die Sicherheit für Leben und Eigentum. Wir haben aus dem Mord an dem Guldinspektator Biau und aus den Bestialitäten, unter denen Regierungssoldaten in Chemnitz ermordet wurden, offene Angriffe für die Unmöglichkeit der linksradikalen Vorbereitungen zu erhellen. Spartalismus und Kommunismus werden nur noch von einem kleinen Kreis der dabei Beteiligten als geistige Bewegungen aufgefaßt. Im allgemeinen ist der Kommunismus unserer Zeit nichts anderes als Nihilismus. Es handelt sich nicht mehr um eine legale politische Strömung, sondern um die Organisation des politischen Verbrechens gegen das Gesamtvolk wie gegen einzelne.

Dieser schweren Entartung gegenüber, die zu einer Lebensbedrohung des deutschen Volkes wird, müssen alle erforderlichen Maßnahmen raschestens getroffen werden.

Berichtigung. Herr Bürgermeister Hagen aus Rathenow sendet uns folgende Berichtigung zu: „Die in Nr. 403 Ihrer Zeitung vom 8. d. M. Abendausgabe, mit der Ueberschrift „Ein Bürgermeister als Lebensmittelschieber“ enthaltene Mitteilung daß mir bei meiner Abreise aus Rathenow auf dem Hauptbahnhof eine Menge rotonierter Lebensmittel, darunter 2 Zentner frisches Fleisch, beschlagnahmt ist, ist vollständig unwar. Weder bei meiner Abreise noch sonst jemals in meinem Leben sind mir Lebensmittel beschlagnahmt.“ Wir entnehmen dem Wunsch des Eintreffenden um so trauriger, als uns auch von Rathenower Parteigenossen das Unwahre der uns zugegangenen Notiz bestätigt wird. Die Verbreitung der falschen Nachricht dürfte von reaktionärer, Herrn Hagen wegen seiner Gesinnung nicht grünen Seite ausgegangen sein.

Rheinische Besatzungstruppen. „Neuere Rottendamsche Courant“ meldet aus Brüssel, daß Belgien als Besatzungstruppen zwei Divisionen, eine Kavalleriebrigade und schwere Artillerie in den Rheinlanden belassen wird.

In Gießen hat sich unter dem Vorsitz des Geheimen Medizinalrats Prof. Dr. Sommer im Dezember 1917 eine Gesellschaft zur Errichtung eines Erfindungsinstituts gebildet. Freiwilige haben hierfür und leider trotz der verschiedenen Katastrophe in Zeitungen in genügender Menge nicht eingegangen. Eingaben an die Reichsregierung und Nationalversammlung, die Mittel für die gute Sache zur Verfügung zu stellen, wurden nicht beachtet.

Es scheint demnach die Auffassung zu bestehen, als wenn das deutsche Reich ein solches Institut nicht braucht oder daß man den Gedanken an die Errichtung des Instituts und Bewilligung der Spende hinteran stellen könnte.

Hiergegen muß entschieden Einspruch erhoben werden. Gerade weil Deutschland den Krieg verloren hat und wirtschaftlich so gut wie ruiniert ist, muß mit verdoppelter Schärfe die Errichtung eines Erfindungsinstituts gebordert werden, damit alle Erfindungen im Interesse der Allgemeinheit und im Interesse des baldigen Wiederaufbaus des deutschen Volkes verwertet werden können.

Deutschland muß entschieden in der sozialen Politik allen Ländern vorausgehen und ihnen immer wieder zeigen, daß es gewillt ist, auf dem Wege des Fortschritts und der Kultur nicht rückwärts, sondern führend vorwärts zu gehen.

Das Erfindungsinstitut soll alle Erfindungen erfassen, prüfen und verwenden; es soll vor allen Dingen diejenigen Ideen und Erfindungen von solchen Erfindern weiter entwickeln, die infolge ihrer berufsmäßigen Gebundenheit und infolge des Mangels an Mitteln nicht in der Lage sind, es selbst zu tun.

Die maßgebenden Stellen sollten sich daher beeilen, baldigst die Mittel zur Errichtung des Instituts bereitzustellen.

Notizen.

— Bühnencronik. Dr. Franz Ludwig Hoerth, Oberregisseur am Stuttgarter Landestheater, hat einen Ruf an die Berliner Staatsoper erhalten.

— Die deutsche Architektenkammer hat die erste Bezirksversammlung am 28. August im Künstlerhaus, Bellevuestr. 3.

— Der Wiederaufbau der Pariser Mode. Die der „Konfektionär“ erklärt, war der Mitinhaber einer sehr großen Pariser Kommissionsfirma in Berlin, um mit den Kunden, mit denen seine Firma bis Ausbruch des Krieges in regelmäßigem Geschäftsverkehr gestanden hatte, Fühlung zu nehmen und zu erfahren, ob diese zu einer Wiederaufnahme der alten Beziehungen geneigt wären, wenn die Möglichkeit erst vorhanden ist. Diese Pariser Firma vertritt, daß sie zu sorgen, wenn die gleichmäßige Einfuhr von Modellen und Modewaren nach Deutschland und den deutschen Kaufleuten die Einreise nach Paris gestattet sein wird, daß die französischen Modellschöpfer ihre Modelle den deutschen Einflußern, welche in Beileitung angesehener Pariser Kommissionäre kommen, vorzeigen. Wie das Hochblatt weiter feststellt, besteht bei Berliner Großhändlern und Modellschöpfern starkes Interesse für die Wiederaufnahme dieser Beziehungen.

Also die Mode will ihre höherwertige Tätigkeit wieder aufnehmen — bei gutem Gewinn, versteht sich. Wo bleibt aber nun die während des Krieges pomphaft angekündigte „deutsche Mode“?

Spiegelwirtschaft.

Aus dem Bezirksverband der S. P. D. Groß-Berlin wird uns mitgeteilt:

Das Abendblatt der „Freiheit“ vom 19. August läßt endlich den Gewährsmann erkennen, dem sie ihre angeblichen Enthaltungen einer sozialdemokratischen Spiegelwirtschaft verdankt. Wir stellen nun fest:

Die Bureau des Secretariats der Bezirksorganisation Groß-Berlin der S. P. D. sind seit dem 1. April dieses Jahres probiertlich in drei Stockwerken des Hauses Bellevuestr. 7 untergebracht, in einem dieser Stockwerke befindet sich auch das Bureau des „Zentral-ausschusses für soziale Aufklärung“. Dieser Ausschuss beschäftigt sich mit der Zusammenstellung des gesamten Materials an Flugblättern und Broschüren aller Parteien sowie anderen für die politische Aufklärung nötigen literarischen und sonstigen Unternehmungen. Eine Spiegelwirtschaft irgend welcher Art besteht nicht, weder bei uns noch in dem erwähnten Bureau.

Dagegen sind wir, sowohl wie das benachbarte Bureau auf das gemeinste bespitzelt und bescholten worden wie nachstehende Zeilen beweisen:

Der „junge Mann“, von dem die „Freiheit“ schreibt, daß er angeblich im Juni beauftragt wurde, die Namen kommunistischer Führer auszuforschen, hätte ja offene Türen einrennen müssen, denn die erwähnten Führer hatten sich nicht verborgen, sondern betätigen sich, wie bekannt, so laut und öffentlich, daß man sie wahrhaftig nicht auszuforschen braucht.

Der junge Mann, der bei uns auf seine bringende Bitte mit untergeordneten Arbeiten, wie Paletopoden, Botengängen usw., beschäftigt wurde, wird wohl in seiner Verlogenheit und Gelbnot auch die „Freiheit“-Redaktion hineingelegt haben.

Uns hat er, neben seinem Vorwurf, diverse gestohlene Stempel und ein Verzeichnis der Groß-Berliner Funktionäre geliefert.

Rita 600 M. Abonnementsgelder für die neue Reinhardt-Bühne, die er beauftragt war, von den Angestellten einzufassieren, hat er, der Gewährsmann der „Freiheit“, ebenfalls mitgeben lassen.

Nach dieser letzten Tat verschwand er, und schrieb uns einen wehleidigen Brief, worin er seine Taten bitter bereute und mit Selbstmordplänen spielte. Auf Bitten seiner Eltern sahen wir von einer gerichtlichen Verfolgung ab.

Was er auf der Redaktion der „Freiheit“ weiter geschwindelt haben mag, entzieht sich unserer Kenntnis. Das werden wir wohl erst erfahren, wenn die „Freiheit“ weiter „enthüllt“.

Zur Kohlennot in der Landwirtschaft.

Von berufener Seite wird uns geschrieben:

Die völlig unzureichende Versorgung der Landwirtschaft mit Kohlen gefährdet die Volksernährung in ernstem Maße. Feldbestellung und Getreidetransport werden durch Stilllegen der Dampfzüge und Drechsmaschinen verzögert und zum Teil unzulässig gemacht; größere Mengen Getreide aus der vorjährigen Ernte sind jetzt noch nicht gedroschen. Die Zuführung elektrischer Kraft als Triebmittel für Pflüge und Drechsmaschinen wird ebenfalls durch Kohlenmangel unterbrochen. Dieser beeinflusst auch in nachteiligster Weise die Erzeugung künstlichen Düngers in den chemischen Fabriken, die für Acker und Bauen nötige Kalkproduktion sowie die Herstellung und Ausbesserung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte. Landwirtschaftliche Nebenbetriebe, wie Brennereien, Molkereien, Trocknungsanlagen usw., sind durch den Kohlenmangel zu Betriebsbeschränkungen oder -einstellungen gezwungen. Die Zuckerrüben können ohne Kohlen nur einen geringen Teil der Mäherernte verarbeiten.

Das Landwirtschaftsministerium erhält täglich aus den verschiedenen Gegenden Zuschriften, die die Kohlennot der Landwirtschaft und ihre unausbleiblichen Folgen schildern, es tritt mit Unterstützung des Reichsernährungsministeriums und des Landesgetreideamtes unausgesetzt und dringend bei dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung für eine ausdehnende Belieferung der Landwirtschaft ein; wirksam wird der Ruf und ihren drohenden Folgen für Volksernährung und Gemeinwohl aber nur durch Steigerung der Kohlenförderung gesteuert werden können.

Die Räumung der Ostgebiete.

Die deutsche Regierung hat an die Entente folgende Note gerichtet:

Die Räumung Litauens südlich des Njemen hat am 14. August mit dem Abtransport der Reichswehrbrigade 28 in Wilkowskij begonnen. Die geplante Räumung wird voraussichtlich am 2. September beendet sein.

Die Räumung des Gebietes der Brigade Grodno wird am 26. August, die Räumung bis Wirballen am 4. September beendet sein. Die Stadt Wirballen wird am 5. September geräumt.

Die Räumung Lettlands, Kurlands und Nord-Litauens wird sich derzeit vollziehen, daß nach Beendigung des Abtransportes der Brigade Schaulen und der Truppen des Gouvernements Libau am 20. August der Abtransport der Reste des 6. Inf.-Korps aus der Gegend Riga und Wausl nach Deutschland beginnt. Die Dauer dieses Abtransportes ist auf etwa 25 Tage berechnet. Die Bewegungen der zum Schutze des Abtransportes ausgeschiedenen Nachhut bei Preckuln, Riga, Wausl, Schaulen und Libowian werden weitere drei Wochen in Anspruch nehmen.

Die Millionenjagd im Flugzeug. Polizeipräsident Ernst ist in Begleitung des Regierungsrats Weiz nach Weimar gereist, um dort über einen neuen Fall eines geheimnisvollen Millionen-schmuggels Bericht zu erstatten. Mit Hilfe von Agentinnen hatte man herausgefunden, daß ein Betrag von 10 Millionen Mark, der einer früher sehr hochstehenden Persönlichkeit gehören soll, nach der Schweiz verschoben werden sollte. Eine mehrköpfige Bande war mit der Ausführung des Schmuggels beauftragt, sie wurde aber durch ein aus drei Flugzeugen bestehendes Geschwader in Nürnberg eingeholt und festgenommen. — Die vom Prinzen von Wied nach Schweden verschobenen Schätze haben nach Feststellung von Sachverständigen einen Wert von 30 Millionen Mark. Was zu Beginn des Krieges krankhafte Phantasie von den Goldbauten erzählt, wird jetzt durch die Wirklichkeit weit in Schatten gestellt, nur sind es nicht „feindliche Espione“, sondern „Edelsteine und Perlen“ von vorragender, die ihr Vermögen vor den Folgen der Niederlage zum Schaden des eigenen Landes zu retten suchen.

Der ententistische Staatenbaukasten. Die Korrespondenz Hoffmann meldet am 14. August: Nach Pressemitteilungen beipricht der Pariser „Le Temps“ angebliche Pläne für die Schaffung eines großen katholischen Staates in Mitteleuropa. Man will hierbei auch auf die besondere Hilfe Bayerns rechnen, das sich vom Deutschen Reich gegebenenfalls lösen werde. Es erübrigt sich, gegenüber derartigen lächerlichen Sensationsmeldungen festzustellen, daß alle etwaigen Versuche der Entente, Bayern zum Treuebund gegen das Reich zu bewegen, von vornherein und für immer aussichtslos sind.

Nationalversammlung.

(Schluß aus der Beilage.)

Am 4. Uhr 20 Min. wird die Sitzung fortgesetzt.

Am Regierungstisch: Dr. Dabid, Dr. Dell.

Es folgt die dritte Beratung des Tabaksteuergesetzes. In der Einzelberatung bemerken zu § 1 die Deutschnationalen, daß sie schwere Bedenken gegen wesentliche Bestimmungen des Entwurfs hätten. Änderungsanträge hätten aber auch in dritter Lesung keine Aussicht auf Annahme, weshalb sie auf ihre Weibereinerung verzichteten und ihren Fraktionsangehörigen die Stimmabgabe überließen.

§ 1 wird angenommen. Ebenso mit einer Reihe unerheblicher Änderungsanträge der Rest des Gesetzes und schließlich in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen eines Teils der Deutschnationalen und der unabhängigen Sozialdemokraten das ganze Gesetz.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahl im 7. Wahlkreis und Nachberufungen im 36. und 88. Wahlkreis werden dem Ausschussantrag entsprechend für ungültig erklärt.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Frage der Summiwirtschaft. Dem Vorschlag des Ausschusses, die Regierung zu erziehen:

„Den Abbau der Zwangsirtschaft für Gummi alsbald in die Wege zu leiten, die Einfuhr von Rohgummi und Halbfabrikaten freizugeben, die Beschlagnahme des Rohgummis aufzuheben“, tritt das Haus ohne Erörterung bei.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Beratung der Frage der Lederbewirtschaftung. Der Ausschuss schlägt eine längere Entscheidung vor, die im wesentlichen bestimmt:

Die Einfuhr von Häuten, Fellen, Leder, Gerbstoffen, Schuhen und sonstigen Lederwaren ist freizugeben,

begleichen die Ausfuhr von Leder, Schuhen und Lederwaren; die Zwangsbeziehungung für Leder, Schuhe und sonstige Lederwaren ist aufzuheben; die im Besitz der amtlichen Verteilungsorganisationen befindlichen Bestände an Häuten, Fellen, Leder usw. sind öffentlich zu verkaufen, der daraus erzielte Gewinn ist zur billigeren Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Schuhen zu verwenden; die an der Lederzwangsirtschaft beteiligten Wirtschaftskreise haben 60 Proz. ihres Konjunktur-gewinns zur Verbilligung des Schuhzeugs der minderbemittelten Bevölkerung abzuführen.

Das Haus tritt ohne Erörterung dieser Entscheidung bei.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Verordnung betr. die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Schlachtvieh.

Die Vorschläge des Ausschusses werden ohne Erörterung genehmigt.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs der Reichsabgabenordnung (Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung).

Verichterstatter Abg. Durlage (Zentr.) stellt fest, daß auch im Ausschuss die Auffassung, daß die Erhebung der Steuern von den Landesbehörden vorzunehmen sei, vertreten wurde. Der Ausschuss habe aber mit großer Mehrheit anders entschieden.

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.):

In der vorliegenden Frage wurden partikuläre Interessen gegen die in der Nationalversammlung herrschende Auffassung ausgespielt. In diesem Streit wird aber das Reich obliegen. Letzteres denkt gar nicht daran, die Länder oder Gemeinden verkleinern zu lassen. Die Landesregierungen sollen der Nationalversammlung Vertrauen entgegenbringen. Wir wissen, was unsere Pflicht ist, und werden sie erfüllen.

Dr. Veder-Hessen (D. Vp.):

Sozial läßt sich nicht betreiben, die Einzelstaaten verlieren tatsächlich dadurch die Grundlage ihrer Existenz und leben nur, soweit ihnen das Reich entsprechende Zuswendungen überläßt. Damit geht auch ein Teil der

Souveränität der Einzelstaaten

verloren. Manche, auch ich z. B. stellen es für zweckmäßig, die Verwaltung der direkten Steuern den Einzelstaaten zu lassen. Ich möchte sogar glauben, auch die Reichsverwaltung hätte damals die gleiche Auffassung. Die Regierung hat beauptet, die Steuer-verwaltung habe im Reich nicht gleichmäßig funktioniert, namentlich in Preußen sei zu wünschen übrig geblieben, wie nicht bestritten werde. Werden nun Reichsbehörden gründlichere und gleichmäßigere Arbeit leisten? Ein Verweis würde nicht erbracht und kann nicht erbracht werden, das kann nur die Zukunft. Bieleicht wird, was den Ländern im Kleinen nicht gelungen ist, dem Reich in einem so viel größeren Maße nicht gelingen. Ich glaube es sogar. Man muß zu der Auffassung kommen, die Einzelstaaten werden mediatisiert — aus politischen Gründen! Das soll man aber ehrlich zugeben und die wirtlichen Gründe anführen. Es kann leicht sein, daß die Neuordnung durch das Reich

keine Verbesserung

bedeutet, sondern eine Verschlechterung. Für Preußen ist es zweifelhaft, für Süddeutschland möchte ich es sicher behaupten. Selbstverständlich setzt sich für die Reichsorganisation nur die Reichsfinanzverwaltung ein, während die Sachverständigen der Einzelstaaten für die bisherigen Landesorganisationen eintreten. (Hört, hört!) recht. Das geschieht nicht zur Aufrechterhaltung der Souveränität, sondern aus sachlichen Gründen. Für die Ueber-gangszeit empfiehlt sich die reifliche Uebernahme der Beamten der Einzelstaaten, weil sie über eine vorzügliche Praxis verfügen, in die Reichsverwaltung. Man braucht diese Beamten und muß ihnen im Reichsdienst gleichwertige Zustandsbedingungen schaffen wie bisher im Landesdienst. Für die süddeutschen Staaten empfiehlt sich die geschlossene Uebernahme der bestehenden Organisationen in die Landesfinanzämter. Zur Ausbildung der Beamten reichen, wie sich die Reichsfinanzverwaltung einzubilden scheint, kurze theoretische Ausbildungskurse nicht aus. (Zustimmung.) Sachlich sind die Einzelstaaten noch heute Gegner der Vorlage. Rechner greift weiter einzelne Paragraphen der Vorlage an und schließt: Schwere wirtliche Gründe sprechen gegen die neue Organisation. (Lebhafter Beifall rechts, Widerspruch links.)

Reichsfinanzminister Erzberger:

Der Redner hat einen wunderbaren Kampf gegen Windmühlen ausgefochten. Alle seine Hauptgründe gegen unsere Vorschläge sind heftig. Kein einziges neues Argument ist vorgebracht worden. Durch die Reichsabgabenordnung wird die Reichsfinanzverwaltung nicht geändert, sondern einfach ihr Artikel 14 ausgeführt. Gemäß hat die Reichsregierung seit dem vorigen November ihre Auffassung geändert, aber zwischen November und August liegen neun Monate Entwicklung der deutschen Nation, und die Regierung ist nicht so petrefakt, um sich nicht neuen Verhältnissen anpassen zu können. Doch die Regierung nicht beweisen hat, daß die von ihr vorgeschlagene neue Organisation besser ist als die frühere, trifft zu, denn das kann man nicht beweisen. Wohl aber haben immer die Reaktionen aller Zeiten und aller Länder mit dem

„immer langsam voran!“

operiert. Der Standpunkt, daß die Einzelstaaten leichter das geeignete Beamtenmaterial finden würden, ist doch überwunden. Wie beim Generalkonferenzprinzip, das sich als das Richtige bewährt hat, werden auch für die Steuerverwaltung die besten Kräfte aus ganz Deutschland heraus- und zusammengeholt werden. Gemäß wird mit der Vorlage ein großer Schritt zum Einheitsstaat getan, aber nicht aus politischen, sondern aus tatsächlichen Gründen. Die ungeheure Verschlebung der steuerlichen Verhältnisse in Deutschland zwischen Reich und Einzelstaaten ist ein durchschlagender sachlicher Grund für die Neuorganisation. Durch diese neue Reichsorganisation kann in den Einzelstaaten gar nichts in Unordnung kommen. Der größte

Teil der Einzelstaaten geht mit der Reichsorganisation völlig einig; mit Preußen werden die Verhandlungen alsbald nach der Rückkehr der Reichsregierung nach Berlin aufgenommen werden.

Die vier süddeutschen Staaten und Sachsen werden schon in nächster Zeit die Landesfinanzämter einrichten, auch die Personen sind schon designiert. Bei den Verhandlungen haben unsere Wünsche durchweg das größte Entgegenkommen gefunden. Gerade die Schilderungen der sächsischen Kleinrenten sind ein mächtiger Anstoß zum Abschluß der neuen Organisation gewesen.

Die Gliedstaaten

sind nicht „umgefallen“, sondern sie haben mit drei Ausnahmen sich nach sehr eingehender und gewissenhafter Prüfung auf unseren Standpunkt gestellt. Die ganze deutsche Industrie hat seinen sehr-lichen Wunsch als eine reichsweite Steuerreform. Für die guten Ratschläge des Redners wegen der Auswahl guter Beamten bin ich dankbar, aber sie kommen zu spät. Es handelt sich jetzt um ein Uebergangsstadium, dazu sind Praktiker in weitem Umfange herangezogen; Professoren und Nationalökonomien brauchen wir zur Mitarbeit für die Ausarbeitung von Richtlinien. Es handelt sich also um ganz getrennte Arbeitsgebiete. Den Paragraphen 451 habe ich nicht preisgegeben, auch brauchte der preußische Finanzminister nicht herbeitelegraphiert zu werden, er wäre ohnehin zu einer Konferenz hierhergekommen; er hat auch nicht im Ausschuss gegen mich polemisiert. Nie und nimmer habe ich gesagt, daß die Kleinrenten und die Gemeinden 25 Proz. der Einkommensteuer erhalten sollten, sondern ich habe gesagt: Von dem Gesamtbedarf von 25 Milliarden entfallen 75 Proz. auf das Reich, 10 Proz. auf die Länder, 15 Proz. auf die Gemeinden. Einen Verteilungsschlüssel für die Einkommensteuer habe ich nie genannt, weil er noch gar nicht feststeht. Wie soll denn die Reichseinkommensteuer 24 Milliarden erbringen? Das wäre ja schon der Gesamtbedarf! Den Gesamtbedarf für die Länder und Gemeinden habe ich wiederholt auf 6,2 Milliarden angegeben. Das Reich hat doch nicht bloß für sich allein zu sorgen, sondern es muß sich auch um die Finanzen der Länder und Gemeinden kümmern. Gerade weil die Organisation vorweggenommen werden mußte, hat § 451 in dem Gesetz eine Stelle gefunden. Ein Landesbesteuerungsgesetz wird den Anteil der Länder und Gemeinden an den reichseigenen Steuern regeln; es wird bestimmen, welche Steuern den Ländern und Gemeinden überlassen bleiben, es wird weiter einen Lastenausgleich und schließlich die Beschaffung von Ausgleichsfonds enthalten müssen. Mit diesem Landesbesteuerungsgesetz wird alles erfüllt werden, was im § 451 enthalten ist. Bis dahin nehmen Sie den § 451 an; er ändert nichts, bietet aber den Ländern eine Garantie.

Abg. Dr. Mund (Dem.):

Meine politischen Freunde stellen sich vorbehaltlos auf dem Boden der Vorlage, durch die in viel entscheidenderer Weise als durch irgendein anderes Gesetz der Grundstein zu einem Gebäude für ein einiges und einheitliches Deutsches Reich gelegt wird. Der Reichsfinanzminister hat vollkommen recht, wenn er zur Begründung seines Gesetzes ausführt, daß, solange den Ländern noch

wichtige Kulturaufgaben

überlassen seien, auch dafür gesorgt werden muß, daß sie finanziell dazu in die Lage gesetzt werden. Aber ich halte es für ein Armutsgewinn gegen uns selber, wenn wir deswegen eine beratliche Zustimmung in das Gesetz hineinbringen und uns damit für eine spätere endgültige organische und vernünftige Regelung in gewissem Sinne die Hände binden. (Beifall bei den Demokraten.)

Preussischer Geheimrat Schwarz:

Namens der preussischen Regierung bitte ich Sie, dem Antrag Gerold entsprechend die Zustimmung wiederherzustellen, monach eine Aenderung des § 46 nur auf dem Wege der Verfassung vorgenommen werden kann. Die preussische Finanzverwaltung befürchtet im Einklang mit der preussischen Landesversammlung von der Einführung einer Reichseinkommensteuer für die

gerichtliche Fortentwicklung der preussischen Staatsfinanzen unerträgliche und verhängnisvolle Folgen, wenn Preußen nicht durch die Vorschrift des § 46 und insbesondere durch eine verfassungsmäßige Beibehaltung derselben die Sicherheit erhalte, sein eigenes finanzielles Leben aufrechtzuerhalten und seine kulturellen Aufgaben weiter erfüllen zu können.

Abg. Dr. Wirth (Str.):

Im Gegensatz zu der eben gehörten Erklärung Preußens bringen wir dem Gesetz kein Mißtrauen entgegen und betrachten es andererseits auch nicht als Trinkgeld. Preußen hat ja sogar erklärt, es werde sich unter Umständen im Interesse seiner Gemeinden genötigt sehen, aus politischen Gründen von der Verfassungsbestimmung Gebrauch zu machen und gegen etwaige Beschlüsse der Nationalversammlung in dieser Richtung Einspruch zu erheben. (Hört! hört! Bewegung.) In Süddeutschland denkt man anders; in Süddeutschland wird man für die Reichsteuergesetze kein Verständnis haben, wenn sie auf Grund der ausbezeichneten Veranlagung des Südens größere Opfer zu bringen hätten als der Norden.

Abg. Dr. v. Delbrück (Dnat.):

Die Annahme des Gesetzes ist uns nur möglich, wenn zu dem § 451 bzw. § 46, der auch eine Verfassungsänderung bedeutet, der Antrag Gerold angenommen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Barm (U. Soz.):

Das Gesetz muß jetzt verabschiedet werden, die Behördenorganisation muß ab 1. Oktober ins Leben treten können. Da sollen uns keine partikularistische Quisquilien nicht hindern, das Gesetz mit dem uns von Preußen aufgezungenen Diktatfrieden zu verabschieden. Wir werden deshalb für den Antrag Gerold stimmen.

Damit schließt die Generaldebatte. In der Spezialdiskussion wird der Antrag Mund auf Erziehung der Landesfinanzämter durch Reichsgesetz abgelehnt. Ferner werden rebellische Aenderungen angenommen.

Zu § 46 (Vorlage § 451) liegt außer dem Antrage Mund auf Streichung des ganzen Paragraphen der Antrag Gerold vor, den vom Ausschuss gestrichenen Schlußsatz der Vorlage wiederherzustellen und demgemäß als vierten Satz hinzuzufügen: „Eine Aenderung dieser Vorschriften kann nur unter den Voraussetzungen erfolgen, die nach der Reichsverfassung für Verfassungsänderungen vorgesehen sind.“

Abg. Gerold (Zentr.) empfiehlt seinen Antrag. Abg. Dr. Mund macht nochmals auf die weittragenden Konsequenzen aufmerksam, die die Annahme des § 46 für das Reich haben würde.

Abg. Neil (Soz.):

Nach unserer Auffassung ist § 46 hier nicht an seinem Platz; er gehört überhaupt nicht in das Gesetz. Aber die Nachposition der Einzelstaaten bei der in wenigen Monaten doch notwendig werdenden Neugestaltung wird ganz die gleiche sein, ob die Sicherung nach dem Antrage Gerold in dem Gesetze steht oder nicht. Wir haben die Verfassungsklausel abgelehnt, weil wir dem Gegenstand nicht noch eine besondere Ehre erweisen wollten. Aber angesichts der Hartnäckigkeit der Regierung und angesichts der Gefahr, daß das ganze bedeutsame Reformwerk scheitern könnte, sind wir bereit, nach dem Antrage Gerold diese Bestimmung aufzunehmen. Im Herbst werden die sachlichen Gründe so überwiegend sein, daß alle Verfassungsklauseln und aller Eigensinn dadurch gebrochen werden.

In der Abstimmung gelangt der Antrag Gerold und mit diesem § 46 zur Annahme.

Das Haus nimmt darauf auch sofort noch die dritte Lesung der Vorlage vor. Ohne weitere Erörterung wird hierauf das Gesetz in der Einzelberatung und schließlich im ganzen mit großer Mehrheit angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Ein Kapitel unabhängiger Gewerkschaftspolitik

Die „Holzarbeiterzeitung“ erwähnt in einem Nachwort zum Gewerkschaftsprogess u. a., daß die in den Richtlinien zur Annahme gelangten Forderungen bezüglich der Betriebs- und Arbeiterräte zeitigen, wie wenig die auf dem Boden der leitenden Gewerkschaftspolitik stehenden die Bedeutung der Betriebsräte unterschätzen. Im Anschluß daran bemerkt die „Holzarbeiterzeitung“ unter Bezugnahme auf einen in Hamburg von der dortigen Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes unter unabhängiger Leitung getätigten Tarifvertrag mit der Klempnerinnung folgendes:

Ein Unterschied besteht allerdings. Die alten Gewerkschaftsdiktatoren oder Buzzen, oder wie die schönen Ehrenitel sonst lauten, treten für die Befehle der Gewerkschaften entschieden ein, während es die oppositionellen Elemente mitunter bei der schönen Seite bewenden lassen. Als interessanter Beleg dafür mag der Tarifvertrag gelten, den die Verwaltungsstelle Hamburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes am 2. Juni 1919 mit der dortigen Klempnerinnung abgeschlossen hat. Dieser Vertrag ist jenseits des Metallarbeiterverbandes von Wagner unterzeichnet, dem Hamburger Vorsitzenden der H. S. P., und er enthält folgende Bestimmung: „Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern steht im Ermessen des Arbeitgebers.“ Beim Abschluß dieses Vertrages lag zwar der Beschluß des Gewerkschaftsprogesses noch nicht vor, wohl aber der Antrag der „Gewerkschaftsdiktatoren“, Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte zu beschließen, in denen es u. a. heißt: „Im einzelnen hat der Betriebsrat mitzuwirken: a) bei Einstellungen und Entlassungen im Betrieb. Entlassungen dürfen nur nach Anhörung des Betriebsrats erfolgen.“ Der prinzipienlose Oppositionsmann in Hamburg schließt ober sieben Monate nach der Revolution einen Vertrag ab, in dem von Betriebsräten keine Rede, dafür aber die Betriebsautorität des Unternehmers ausdrücklich gefestigt ist.

Das ist nur ein Beispiel, aber es könnte vermehrt werden. Es soll damit bargehen werden, daß es mit starken Worten und scharfer Kritik allein nicht getan ist. Das Vereintreten der politischen Gegenseite in die Gewerkschaften gerichtet der Arbeiterschaft nicht zum Vorteil. Wenn man die von der Opposition an der Leitung der Gewerkschaften geübte Kritik sowohl auf dem Gewerkschaftsprogess als auf unserm Verbandstag und auf den Generalversammlungen anderer Gewerkschaften ihres politischen Schwerts entleidet, dann bleibt herzlich wenig übrig. Die Gewerkschaften sind ein Boden, auf welchem die Arbeiter unbeschadet ihrer politischen Überzeugung einträchtig zusammen wirken können, aber auch zusammen wirken müssen, um Schädigungen von der Arbeiterschaft fernzuhalten. Der Gewerkschaftsprogess hat es durch starken Beifall unterstrichen, als die Vorsitzenden der Opposition sich dagegen verwahrten, auf eine Spaltung der Gewerkschaften hinzuwirken. Eine solche Spaltung wäre aber auch geradezu selbstmörderisch. Wahrscheinlich ist es nicht genug, daß sich noch keine Kräfte gefunden hat, welche die in zwei Lager getrennte Sozialdemokratie zusammenführt, aber in beiden Lagern muß der Wunsch lebendig sein, die Gewerkschaften intakt zu erhalten, sie vor Spaltung zu bewahren.

Revolutions-Schwarzer.

Vom Angestellten-Ausschuß des Versorgungsamts III. A. R. wird uns geschrieben: In einer gestern im Herrenhaus von der Sachgruppe 8b (Siebener-Ausschuß) der freien Gewerkschaften einberufenen Volksversammlung sämtlicher Angestellten-Ausschüsse der Reichsbehörden, erschien auch der von allen Klassenbetrefften Angestellten gemiedene sogenannte Vierzechner-Ausschuß, welcher sich ebenfalls als Sachgruppe 8b bezeichnet, was lediglich zur Irreführung unserer Kollegen dienen soll.

Nachdem der Vertreter der freien Gewerkschaften seinen Tätigkeitsbericht erstattet und dabei sachlich mit dem Vierzechner-Ausschuß abgerechnet hatte, ergriff ein Mitglied des letzteren, Herr Schlemmer, das Wort, um mit allen demagogischen Mitteln für diese am starken Baume der freien Gewerkschaften schwarzenende Talmgewerkschaft Stimmung zu machen.

Er erklärte zur größten Beifrieder der Versammelten, nachdem er sich mit dem Bräutigam lokaler Überzeugung für die Arbeiter eingesezt hatte, u. a. nachher: „wie gehen, wenn's darauf ankommt, mit den gelben Gewerkschaften“. Die Hauptsache für diese ehrenwerten Herren ist eben, daß sie sich auf Kosten einer kleinen Zahl von Kollegen eine recht überflüssige Existenz sichern.

Diese Talmgewerkschaft, die mit Hilfe von Bettelbriefen in der Klingelbeutelmanier Beiträge von den freien Angestellten erhebt, verdient, daß sie durch strengste Hofkottierung seitens der Klassenbetrefften Angelegenheit recht bald an pekuniärer Minderwertigkeit zu Grunde getragen wird. Solche Vertreter von Korporationen, die erst mit Beginn der Revolution ihre Heilsendung entdeckt haben und nun den Arbeitern und Angestellten mit Jahrmarktsmanieren ihre Dienste gegen entsprechende Bezahlung anpreisen, müssen schleunigst kaltgestellt werden.

Der Schlichtungsausschuß im Hamburger Bankstreit.

Im Reichsarbeitsministerium trat am gestrigen Dienstag der Schlichtungsausschuß für die streikenden Hamburger Bankbeamten zusammen. Die Berliner Bankbeamten hatten versucht, vor diesem Ausschuß auch die Forderungen der hiesigen Angestellten in der Frage der Tarifabklärung zur Sprache zu bringen, doch waren schon zu den vor einigen Tagen stattgefundenen Beratungen die Berliner Bankleitungen nicht erschienen. Man will nun insofern einen Ausgleich schaffen, daß man den Spruch des Schlichtungsausschusses als Grundlage für die in Kürze stattfindenden Verhandlungen mit den Berliner Banken wählt.

Die gestrigen Verhandlungen gestalteten sich anfänglich sehr erregt, da man sich über die Frage der Zusammenfügung des Schiedsgerichts nicht schlüssig werden konnte. Nach langen Verhandlungen, welche fast den ganzen Vormittag in Anspruch nahmen, einigte man sich schließlich und wählte einen Schlichtungsausschuß, dem folgende Herren angehören: für die Bankleitungen: Direktor Reinhard (Mitteldeutsche Kreditbank), Dr. Vornstein (Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes) und Direktor Schwarz von der Preussischen Zentral-Boden-Aktiengesellschaft. Die Arbeitnehmer waren durch die Herren Dr. Kay, Pöschel und Fürstenberg vertreten. Am Nachmittag trat man dann in die Verhandlungen ein. Beide Teile legten noch einmal dem Vorsitzenden Dr. Bause die Gründe dar, die zur Ablehnung der Forderungen der Hamburger Beamten geführt und so den Streik herbeiführt hatten. Nach der Aussprache zog sich der Schlichtungsausschuß zur Beratung zurück. Der eventuelle Schiedspruch dürfte erst in später Nachtstunde gefaßt werden.

Gewerkschaftsmitglieder!

Das Rollendorf-Theater hat uns für die Operette „Die Guppe“ eine Anzahl Billets zu den verschiedensten Plätzen zu einem sehr ermäßigten Preise (2 bis 5 M.) zur Verfügung gestellt. Karten für Mittwoch, den 20., Donnerstag 21., Freitag 22., Sonnabend 23. und Sonntag, den 24. August, können in unserem Bureau, Berlin SO 16, Engelauer 15 I, Zimmer 15, von Mittwoch, den 20., ab von vormittags 9 bis nachmittags 4 Uhr an allen Wochentagen in Empfang genommen werden.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Das Schlußwort des Zentralrates der Eisenbahner. Zu den unter vorstehendem Titel veröffentlichten Untersuchungen des Vorstandes des Eisenbahnerverbandes über Verfehlungen seines Zentralrates sendet uns das Mitglied des Zentralrates der Eisenbahnarbeiter Georg Michaelis aus Rastatt folgende Erklärung: Was die rein gewerkschaftliche Tätigkeit der Zentrale an-

geht, habe ich mit allen Kollegen folgerichtig gemäß der und von der Generalversammlung übertragenen Aufgabe: Propagierung des Räte-systems, gehandelt. Bei meinem ganzen Tun, in allen Sitzungen, Konferenzen und Besprechungen mit den Staatsbehörden, dem Hauptvorstand und im Zentralrat selbst habe ich mich stets von dem Interesse der Kollegen und der Organisation leiten lassen; ich bin mir nicht bewußt, in irgend einer Weise das Vertrauen der Kollegen mißbraucht zu haben. Jeder Verdacht, als ob ich von der Herbeiführung oder Verbreitung der fraglichen Flugblätter, den angeblichen Forderungen gewußt oder gar an diesen teilgenommen hätte, weise ich auf das Entschiedenste zurück. Für die vorstehende Erklärung bin ich jederzeit bereit, den Wahrheitsbeweis zu erbringen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Bezirk Oden. Bezirks-sitzung Donnerstag, den 21., abends 7 1/2 Uhr, in Heinrichs Hof, Große Frankfurter Str. 80. Tagesordnung: Neuaufbau der Ortsgruppe. Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.

Deutscher Metallarbeiterverband. Mittwoch, den 20., abends 8 Uhr, Versammlung aller in der Gold- und Silberwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im „Friedrichs Garten“, Friedrichs-Str. 45. Tagesordnung: 1. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion.

Sachgruppe Metallindustrie und Eisenbau (XII und XIV). Donnerstag 6 Uhr ufm. wie oben.

Angestelltenvereine und Funktionäre der Arbeitgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Sitzung: Sachgruppe 15, Elektrische, Mittwoch, 6 Uhr, Königsplatz 10, Baum. Großmalder Str. 25/24; Sachgruppen 12 und 14 tagen zusammen Freitag, 6 Uhr, Königsplatz 10, Baum, Großmalder Str. 25/24. Alle anderen Mitteilungen sind ungenügend.

Verleumdungsangelegenheit in den Provisions-Generalagentenbetrieben. Vertagung Donnerstag, den 21. August d. J., 10 Uhr vorm. im Oberländer Hof, Reine Friedländer Str. 35, Zimmer 6. Stellungnahme zum Schiedspruch. Bestimmtes Erscheinen unbedingt erforderlich! Die parteilichen Verbände.

Soziales.

Neuregelung der landwirtschaftlichen Unfallrenten.

Aus Anlaß eines Beschlusses der Nationalversammlung haben im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Gleichstellung der landwirtschaftlichen mit den gewerblichen Versicherten hinsichtlich der Berechnung der Unfallrenten stattgefunden. Außer den hauptsächlich beteiligten Behörden und dem ständigen Ausschuß der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen waren Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dazu eingeladen. Die eingehende Aussprache ergab Einigkeit darüber, daß die Rentenberechnung, wie sie bisher gehandhabt wurde, zu berechtigten Klagen Anlaß gebe. Andererseits wurde anerkannt, daß bei Anwendung der für die gewerbliche Unfallversicherung vorgeschriebenen Berechnung der Renten nach dem Jahresarbeitsverdienst des einzelnen Verletzten auf die landwirtschaftliche Unfallversicherung in der Regel zutreffende Feststellungen über den Wert der Sachbezüge getroffen werden müßten, die fast in jedem Falle einen Bestandteil des Lohnes landwirtschaftlicher Arbeiter bilden. Es wurde daher empfohlen, die Renten auch weiterhin nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst zu berechnen, diesen aber so festzusetzen, daß er mit den tatsächlichen Verhältnissen im Einklang stehe. Dabei würden die bei den Tarifverhandlungen in den verschiedenen Gebieten vereinbarten Sätze tunlichst zu berücksichtigen sein. Solche neuen Festsetzungen werden eine Reihe von Monaten in Anspruch nehmen. Um den Arbeitern, die inzwischenden Unfälle erleiden, schon jetzt eine höhere Entschädigung zu sichern, wurde vorgeschlagen, die bisher geltenden Jahresarbeitsverdienste weiter darauf zu erhöhen, daß sie einschließlich der im vergangenen Jahre bereits vorgenommenen Erhöhung die Friedenssätze im ganzen um 60 Proz. übersteigen.

Verantw. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Redaktion; für Anzeigen: Albrecht Scholz, Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co. in Berlin, Lindenstr. 2. Blatt 4. Beilage.

Glück und Glas

Zufriedenheit ist wahres Glück!

Wir garantieren Ihnen Zufriedenheit wenigstens mit den von uns gekauften Brillen und Kneifern. Ob Ihr Kind, ob Ihre Frau Ihr Augenlos beim Spielen zerbrochen haben, aber ob es unter den Omnibus geraten ist, wir fragen Sie nicht danach, sondern reparieren es Ihnen kostenlos. Zerbrochene Gläser müssen Sie bezahlen! Schildpat, Horn und ähnliche Teile, sonst! Die Garantie läuft bis zu drei Jahren, mindestens jedoch zwei Jahre für Fassungen von 8,50 M. an. Dafür erhalten Sie aber bei uns schon einen guten Gold-Double-Kneifer (ohne Gläser).

Wir müssen gediegene Ware liefern, sonst können wir nicht lange unsere Garantie ohne eigenen Schaden halten. Die Augenuntersuchung ist kostenlos. Für passende Gläser garantieren wir Ihnen besonders. Das bedeutet noch mehr. Selbst wenn Gläser so genau verpaßt sind, daß kein Fachmann etwas daran verbessern könnte, Sie selber aber sind vielleicht nicht damit zufrieden, dann reden wir nicht lange, sondern wechseln Ihnen die Gläser so lange kostenlos um, bis Sie wirklich damit zufrieden sind.



Optiker Ruhnke

20 Geschäfte:

- Sind's die Augen Geh' zu Ruhnke!
- C. Spittelmarkt, Ecke Wallstraße, Alexanderplatz, neb. Wäging.
- S. Rottbuejer Damm 10, nahe Warenhaus Jandorf
- SO. Oranienstr. 44, nahe Oranienplatz
- W. Pätziger Str. 114, Ecke Mauerstraße
- Platzstr. 1, Ecke Potsdamer Str.
- Friedrichstr. 188a, Ecke Leipziger Straße
- Friedrichstr. 106, Ecke Hegelstraße
- N. Chausseestraße 72
- Jannalidenstr. 164, Ecke Brunnenstraße
- Neu! Schönhauser Allee 31, Hochbahnstr. Nordring
- SW. Vello-Wilmar-Str. 4, am Halleschen Tor
- NW. Friedrichstr. 190, Ecke Dorotheenstraße
- Neukölln: Bergstr. 4, gegenüber Richardstr.
- Schöneberg: Hauptstr. 11, a. Kaiser-Wilhelmpl.
- Friedenau: Rheinstr. 18, Ecke Kirchstr. gegenüber der Kaiser-Eiche
- Wilmersdorf: Berliner Str. 12/13, an der Wilmannsbr.
- Spandau: Beelte Str. 15.
- Charlottenburg: Tautagenstraße 15, Ecke Hamburger Straße
- Sechsmühlener Straße 2, am Bahnhof Zoo

Verlangen Sie nach außerhalb kostenlos unsern Optometer zum Selbstbestimmen passender Gläser nebst Verordnungsliste.

Deutscher Buchbinder-Verband

Zahlfeste Berlin. Achtung! Der Groß-Berliner Volksgesetzrat hat für die Zeit vom 18.-23. August eine restlose Erfassung des gesamten wertvollen Volkes zwecks Neuaufbaues der Räteorganisation veranlaßt. Wir fordern alle Kollegen und Kolleginnen auf, für eine restlose Erfassung unseres Berufes Sorge zu tragen. Betriebe meiden sich geschlossen durch den Vertrauensmann, Einzelbeschäftigte müssen selbst ihre Meldung vollziehen.

Die Ortsverwaltung. Zahle für Alte Gebisse, künstl. Zähne gewöhnl. Platinzahn 1-2 M., Platin-Stiftzahn 1,50 M., ältere Gebisse mit Pl.-Plattenzähne pro Zahn von 8 Mark an. Gebisse in Gold u. Platin höchste Preise zur noch bis einschließlich Sonnabend, den 23. August von 10-6 Uhr im Hotel „Kaiserhof“, part. Invalidenstr. 126 I, Str. Bahnh. G. Lindner.

Am Lager vorrätig:

Drehbänke, Fräsmaschinen, Bohrmaschinen, Hobel- u. Shaping-Maschinen sowie alle anderen Werkzeugmaschinen neu u. gebraucht i. g. A. M. W. A. Magnus, Berlin C. 25, Dirschaustraße, Hagen 137.

!!! Geld !!! für jede Werkl. Pächte Ankaufpreise für Eisenbahn, Brillanten, Goldgegenstände, Erpöche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Rochstr. Klavier mit Flügel u. Harmonium tauch Schachschneider, Dufower Straße 14, III. (Berliner-Angebot)

Das Christusproblem gelöst! Sehen erachtet Vor 1800 Jahren! Wer war Jesus Christus?

In einem alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden, das ganz genau erzählt, wer Jesus Christus war: ein Bundesbruder des Kaiserthemas, einer Art Freimaurer-Verbindung. Es ist der Bericht des Ältesten dieses Bundes in Jerusalem an den Ältesten in Alexandria. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung des Dokument zu verhindern, da sich die ganzen mystischen Wundergeschichten, von einem ganz natürlich erklären. Die Versteinerung gelang. Das aber nicht. Dieser historische Bericht ist ins Deutsche übersetzt worden, mit einem Vorwort über Pontius Pilatus nach-erarbeitet von Ferd. Schütz. Kein Buchhändler wird das Werk unverschämter aus der Hand legen. Preis 2. 1,50, schön gebunden 2. 2,50, Nachdruck 20 Pf. beide: Buchvertrieb gratis. Großer Bücherkatalog gratis durch: Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 41.

Private Kunstgewerbliche Zuschneideschule

Berlin SW. 19, Leipziger Str. 82. von Friedrich Hallas. Jeder gewerbliche Fachmann für zeitgemäße Ausbildung in der Zuschneidekunst der gesamten Herren- und Damenmode. Erfolge: modernes Aufschneide-System, welches in der feinsten Praxis aufs beste erprobt ist. Beginn der Tages-, Abend- und Schnellkurse am 1. eines jeden Monats. „Zuschneider der Zukunft“ für die Herren- und Damenmode, speziell zum Selbstunterrichte geeignet, erhältlich in Einzellieferung zu 1,50 Mark. Zu erlernen: Konstruktionslehre „Mäntel“ (Patent ang.). Eine technische Grundkenntnis in der Zuschneidekunst. Dieser anerkannt praktische Kurs, erprobt, leicht, nützlich und wertvoll, da sämtliche Schnittmuster ohne Berechnung entworfen werden können. Preis mit 20 Seiten (kurzer Unterricht) 1,50 Mark. Bestellungen und Bestellen kostenlos.

TROCKEN PARFUM
FÜR BLONDINEN
FÜR BRUNETTE
HERREN-PARFUM
ELEGANTE SACHTEL
M 2,50
TERASHAUS
MAX SCHWARZLOSE
BERLIN, O2

Sämtliche gebrochene Gubellenteile werden in meiner Spezial-Reparaturwerkstatt unter Garantie der Haltbarkeit prompt gelöst. Ersatzmittel für alle Details und Werkstücke in anerkannt vorzüglicher Qualität.
Martin Meyer, Fabrik chemischer Produkte, Preussener Allee 100, Telefon: Adolphstr. 1002

